

## **Appell gegen Rüstungsforschung**

**Karlsruhe** (kes). Vertreter der Tagung „Verantwortung der Wissenschaften für Frieden und Zukunftsfähigkeiten“ am Karlsruher Institut für Technologie (KIT) haben erneut ein Verbot für Rüstungsforschung an deutschen Hochschulen gefordert. Die Teilnehmer befassen sich noch bis einschließlich heute mit dem Thema in Karlsruhe.

„Wir fühlen uns von der Landesregierung im Stich gelassen“, sagte Nadja Brachmann, Mitglied der „Initiative gegen Militärforschung“. Grüne und SPD hätten in ihren Wahlprogrammen zur Landtagswahl 2011 eine Zivilklausel gefordert, erinnerte die Studentin am KIT. „Nun will die Landesregierung davon nichts mehr wissen.“ In der Forschung, so Bachmann, gäbe es noch immer eine große Grauzone. Es sei deshalb notwendig, verbindliche Regeln zu schaffen.

Das Forschungszentrum Karlsruhe hatte bis zu seiner Fusion mit der Universität Karlsruhe zum heutigen KIT eine Zivilklausel. Diese wurde nach der Fusion nicht in das KIT-Gesetz übernommen.